

Beschluss des Landrats vom 14.05.2020

Nr. 409

2. Zur Traktandenliste 2020

2019/801; Protokoll: bw, je

://: Die Traktandenliste wird beschlossen.

- *Zur Frage der Dringlichkeit: Motion 2020/226 von Adil Koller «Geschäftsmieten während der Corona-Krise: Dreidrittels-Kompromiss»*

Adil Koller (SP) führt aus, die Dringlichkeit der Motion sei eigentlich selbsterklärend. Die Mietfrage ist sehr dringlich. National- und Ständerat konnten sich leider nicht einigen und haben die Frage bis Ende Juni nach hinten geschoben. Das ist eine Katastrophe für viele kleine und mittlere Betriebe in der Schweiz. Besonders betroffen ist die Gastronomie. Gastro-Baselland hat bekanntlich mitgeteilt, wie dringend das Problem trotz Soforthilfen ist. Denn Gastrobetriebe zahlen mehr an Miete, als die Soforthilfe decken kann. Schweizweit arbeiten in der Gastrobranche 250'000 Personen und nun sind 30 % der Betriebe von einem möglichen Konkurs betroffen. Deshalb muss die Frage jetzt behandelt werden, zumal der vorliegende Vorschlag diskussionswürdig ist.

Eine kurze Bemerkung zu den anderen Dringlichkeiten: Die SP-Fraktion wird abgesehen von den inhaltlichen Differenzen der Dringlichkeit aller drei Vorstösse bezüglich Corona-Krise zustimmen.

Markus Meier (SVP) sieht die Dringlichkeit als nicht gegeben. Heute sei vorgestellt worden, welche Massnahmen der Regierungsrat zur Unterstützung der KMU bereits realisiert habe. Insbesondere wurden A-fonds-perdu-Beiträge usw. gesprochen. Die eidgenössische Nachzahlungsfrist bei Zahlungsverzug wurde um 90 Tage verlängert. Es gibt somit bereits einen Schutz, dass die Liquidität nicht gefährdet ist. Weiter befasst sich der Bund mit einer Lösung, welche in der Sommersession behandelt wird. Alle weiteren Vorschläge machen die Situation nur noch unklarer und schaffen Abgrenzungsfragen. Die SVP lehnt Dringlichkeit ab.

Pascal Ryf (CVP) teilt mit, die CVP/glp-Fraktion sei bezüglich der Dringlichkeitsfrage gespalten. Der Redner sagt kurz, weshalb er persönlich dafür ist. Der heutige Tag ist wahrscheinlich eine historische Situation. Der Landrat und der Grossrat tagen im gleichen Gebäude und zur gleichen Zeit. Basel-Stadt hat gestern entschieden, dass der Kanton diese Unterstützung zahlen wird. Wartet Basel-Landschaft nun bis im Sommer ab und macht einen Entscheid vom Bundesrat abhängig, wird es die Situation geben, dass Geschäftsmietende in Basel-Stadt Unterstützung bekommen und ein paar Meter daneben Geschäftsmietende nicht. Es ist dringlich, eine überregionale Lösung zu finden.

Christof Hiltmann (FDP) erläutert, dass auch die FDP-Fraktion inhaltlich gespalten sei. Auch bezüglich Dringlichkeit wird die FDP-Fraktion wahrscheinlich gespalten votieren.

Als Unterzeichner der Motion möchte der Redner zur Dringlichkeit folgendes sagen: Die Corona-Krise ist dringlich, deshalb müssen Probleme, die mit ihr einhergehen, heute behandelt werden. Zum Titel der Motion: Es ist keine Motion der Fraktionen, sondern von Einzelunterzeichnern.

Klaus Kirchmayr (Grüne) ist der Meinung, wegen der Dringlichkeit der Corona-Krise muss jetzt sachlich diskutiert werden können. Bei Ablehnung der Dringlichkeit würde die Diskussion der Motion nutzlos werden. Die Motion ist nun mal eingereicht und wird sowieso noch diskutiert. Es macht nur Sinn, die Motion heute zu diskutieren. Später macht es keinen Sinn mehr.

Unabhängig der Meinungen haben KMU mit Mietproblemen heute ein Recht zu wissen, was der

Landrat inhaltlich zum Thema sagt. Die Ablehnung der Dringlichkeit ist einer scheinbar KMU-freundlichen Partei wie der SVP, welche nun den Vermieterinteressen mehr Gewicht gibt als den KMU, nicht würdig. Der Redner bittet, heute Nachmittag eine inhaltliche Diskussion zu führen, um diese transparent nach aussen tragen zu können.

Marc Schinzel (FDP) fragt, wann, wenn nicht jetzt, der Landrat über die Thematik der Mietkosten sprechen sollte. Die Dringlichkeit hat nichts mit der inhaltlichen Positionierung zu tun. Dringlichkeit ist jetzt gegeben. Die Menschen in der Region sollen eine gewisse Sicherheit erhalten und die Grenzen zu Basel-Stadt sind nun mal nah. Zum Teil sind Betriebe sogar kantonsübergreifend unterwegs.

Marco Agostini (Grüne) meint, die Diskussion sei nicht nur im Interesse der Mieter, sondern auch im Interesse der Vermieter. Es gibt nichts Schlimmeres, als wenn man bei Problemen nicht miteinander diskutiert. Bei vielen Mietverhältnissen funktioniert es gut, aber es gibt auch einige, bei denen es nicht der Fall ist. Bei solchen könnte man im Interesse aller unterstützend helfen.

Jacqueline Wunderer (SVP) ergänzt, auch in der SVP-Fraktion seien nicht alle der gleichen Meinung. Die Dringlichkeit ist aus ihrer Sicht gegeben.

Regierungsrat **Anton Lauber** (CVP) teilt mit, der Regierungsrat lehne Dringlichkeit aus diversen Gründen ab. Der Kanton hat bis jetzt an die CHF 35 Mio. an Soforthilfen gezahlt (für Nebenkosten, insbesondere Mieten). Die zuvor angesprochene Sicherheit wurde sehr schnell geschafft. Die Soforthilfen reichen nicht allen ganz, doch es gibt noch andere Möglichkeiten (Kredite) für die Finanzierung. Aktuell muss aufgepasst werden, dass kein Massnahmendurcheinander entsteht. Gemäss NZZ vom 14. Mai zeichnet sich ab, dass das Bundesparlament einen Teilerlass von Geschäftsmieten von 60 % beschliesst. Wenn Basel-Landschaft heute Mietunterstützungen beschliesst, kann das innert kurzer Zeit wieder überfällig sein.

Es wird ein wenig beschönigt, dass man nur diskutieren möchte. Das kann jederzeit gemacht werden, dann hätte es aber keine Motion benötigt, die einen verpflichtet innert Monaten eine Lösung zu erarbeiten. Der Regierungsrat arbeitet am sogenannten Masterplan, die Aufträge sind verteilt. Man muss sich bewusst sein, dass man aktuell in Dringlichkeitsgedanken lebt. Klaus Kirchmayr hat vorhin den Redner bezüglich Weg zurück in die Normalität falsch verstanden. Dem Redner geht es beim Weg zurück in die Normalität um die Wirtschaft und politischen Prozesse. Selbstverständlich können im Rahmen des Masterplans Beschlüsse zugunsten der Wirtschaft gefasst werden, sofern es nötig sein wird. Die Mietfrage ist nicht so dringlich, dass sie bereits heute besprochen werden muss.

://: Mit 67:21 Stimmen wird die Motion 2020/226 für dringlich erklärt (2/3-Mehr erreicht).

– *Zur Frage der Dringlichkeit: Motion 2020/221 von Christine Frey «Investitionsbudget ausschöpfen»*

Christine Frey (FDP) schliesst sich Adil Kollers Argumentation an. Das Anliegen sei wiederum selbsterklärend. Der Kanton kann mehr als lediglich Steuergelder verteilen. Unternehmen brauchen jetzt dringend Arbeit. Es sollen Planungen vergeben werden, vor allem Sanierungen und Renovierungen sollen vorgezogen werden. Es gibt das Argument, das wird bereits gemacht. Nichtsdestotrotz braucht es jetzt schnell einen klaren Auftrag und das Investitionsbudget 2020 muss ausgeschöpft werden. Wenn dieser Vorstoss nicht dringlich behandelt wird, wird er auf nach den Sommerferien verschoben, wobei dann das Ende des Jahres 2020 schon naht. Die Rednerin bittet, ihre beiden Vorstösse als dringlich einzustufen.

Regierungspräsident **Isaac Reber** (Grüne) sagt, es handle sich auch um ein Anliegen des Regierungsrats. Grundsätzlich sind Investitionen aber das falsche Instrument für Dringlichkeiten. Neue Investitionen bringen Vorläufe von 5 – 7 Jahren mit sich. Mit anderen Worten: Wenn man jetzt den Anschein erwecken möchte, man kann das Investitionsbudget 2020 vollständig ausschöpfen, ist das zu spät. Ein Beispiel ist das Regierungsgebäude, dessen Umbau geplant wird. Die Kosten belaufen sich auf ca. CHF 12 Mio. Die Realisierung wird nicht vorgezogen, da es auch nicht gewünscht ist. Zuerst muss sich der Regierungsrat nämlich mit dem Landrat einigen.

Auch bei den laufenden Projekten gibt es ein Problem. Es gibt zurzeit eine Unmenge an Auflagen wie Schutzkonzepte auf den Baustellen. Das führt zu langsameren Bauarbeiten als üblich. Es ist eine Herausforderung, die bereits geplanten Projekte fristgerecht umzusetzen. Klar, der Kanton möchte so viel Arbeit wie möglich vergeben. Doch vor unrealistischen Vorstellungen muss er warnen.

Das Investitionsprogramm hat eine langfristige Komponente. In der aktuellen Krise hat sich ein stufenweises Vorgehen bewährt. Aktuell ist die Lage bzw. Entwicklung der Wirtschaft nicht einzuschätzen. Professor Aymo Brunetti warnte vor der Gefahr, dass überstürzte Massnahmen kontraproduktiv wirken könnten. Die Investitionen sind dabei besonders gefährdet. Der Regierungsrat hat bereits letztes Jahr mehr Mittel gesprochen, um Drittmittel für Projektierungen einzusetzen. Ab dem aktuellen Jahr wurden zudem mehr Stellen gesprochen, so dass mehr projektiert werden kann. Das wird mittelfristig eine Wirkung haben, doch kurzfristig gibt es folgendes Problem: Es ist als Kanton schwer, Projektstellen zu besetzen, da der Markt extrem ausgetrocknet ist.

Der Regierungsrat versucht, alles Mögliche zu realisieren, will aber vor überstürztem Handeln warnen. Deshalb lehnt der Regierungsrat Dringlichkeit bei diesem und beim nachfolgenden Vorstoss ab.

://: Eine Mehrheit von 50:30 Stimmen bei 6 Enthaltungen stimmt der Dringlichkeit zu, allerdings wird das notwendige 2/3-Mehr verfehlt.

– *Zur Frage der Dringlichkeit: Motion 2020/223 von Christine Frey «Sanierungen und Renovationen vorverlegen»*

Christine Frey (FDP) verweist auf ihr erstes Votum, welches als Gegenargument zu den Argumenten des Regierungsrats dienen könne, sollte es aus der Verwaltung Stimmen für Dringlichkeit geben.

://: Eine Mehrheit von 51:31 Stimmen bei 5 Enthaltungen stimmt der Dringlichkeit zu, allerdings wird das notwendige 2/3-Mehr verfehlt.

– *Vorgezogene Beratung Traktandum 21*

Landratspräsident **Peter Riebli** (SVP) informiert, dass die Beratung von Traktandum 21 (Sanierung Durchgangsplatz «Holchen»; Ausgabenbewilligung [Realisierung]) – nach Rücksprache mit der Geschäftsleitung – vorgezogen werde. Nach der Mittagspause folgt die Fragestunde, dann die Beratung zur Überweisung der dringlich erklärten Motion 2020/226 (Traktandum 45) und dann Traktandum 21.
